

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. (rei Haus 2,50 M., (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tagesseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 5. Juni 1929

Nummer 128

Ein neuer Bucherangriff der Agrarier

Deutschnationaler Antrag auf Erhöhung der Kartoffel- und Butterzölle — Vorstoß der Kirchenherrschaft in Preußen

Berlin, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Deutschnationale Volkspartei, die Christlich-nationale Partei und die Deutsche Bauernpartei haben im Einvernehmen mit den Führern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen im Reichstag 2 Anträge auf veränderten Zollfuß für Kartoffeln und Butter eingebracht. Nach dem ersten Antrag soll der Zollfuß für einen Doppelzentner Kartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 10. September auf 4 Mark und in der Zeit vom 11. September bis 14. Februar auf 2 Mark festgesetzt werden. Der zweite Antrag verlangt die Festsetzung des Zolles für einen Doppelzentner Butter, frisch, gesalzen oder eingeschmolzen, auf 80 Mark, sowie folgende Ergänzungen des § 1 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902: „Bei Butter, frisch, gesalzen oder eingeschmolzen nicht unter 60 Mark am Doppelzentner.“

Wir berichteten gestern über die Montagssitzung des Reichstages, die Ankündigung des Vorstoßes der Agrarier, die Zustimmung des Ernährungsministers zur Bucherpolitik und über das Ausweichen der Sozialdemokraten. Die Agrarier gehen auf dem Wege der Aushungerung der Arbeiter soll in großem Umfang vor sich gehen. Während die Unternehmer mit Hilfe der Arbeitergemeinschafts- und Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer die Löhne drücken, steigern die Agrarier die Lebensmittelpreise.

Die Arbeiterschaft muß sich zur entschiedensten Gegenwehr rüsten. Sie kann den Bucherangriff nur abschlagen, wenn sie in geschlossener Front Stellung nimmt, wenn sie auf die steigende Forderung mit dem Kampf um Lohnerhöhungen antwortet. Diese kann sie aber nur ohne und gegen die Gewerkschaftsbureaucratie führen. Die gesamte Arbeiterschaft muß das übergehen, sofort in Betrieben und Gewerkschaften Stellung zu den Bucherangriffen der Hermann-Müller-Regierung zu nehmen. Sie muß Kampfausschüsse bilden, die Gegenbewegungen, Wirtschaftskämpfe vorbereiten. Sofort aber müssen überall Protestentscheidungen angenommen werden. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, eine breite Bewegung der Arbeiterschaft anzuleiten. Diese Bewegung muß verbunden werden mit dem Kampf gegen den Sozialfaschismus, die Unterdrückung der revolutionären Organisationen, mit dem Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr. Unserer Partei fällt die große Verantwortung zu, den verbrecherischen Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen entschieden abzuwehren. Es darf nicht gezögert werden.

Gleichzeitig gilt es die Bewegung gegen den Lebensmittelpreisanstieg zu lassen zur Vorbereitung und Durchführung der Kundgebungen gegen die Kriegsgefahr am 1. August.
Genossen, an die Arbeit! Arbeiter, heraus zum Protest!

Millionensubventionen für die Luftaufrüstung

Berlin, 4. Juni. (Eig. Bericht.)

Im Haushaltsausschuß des Reichstages steht zur Zeit der Verkehrssetzungen Beratung. Diese Beratungen erfahren ein gesteigertes Interesse noch dadurch, daß zu gleicher Zeit der Bericht des Rechnungshofes für das Jahr 1928 erschienen ist, was besonders gegen die unerhörte Wirtschaft im Verkehrsministerium scharf Stellung genommen wird. Die Angriffe richten sich besonders gegen die Luftfahrtabteilung des Ministeriums. In der Generaldebatte drehte sich die Diskussion auch besonders um diese Ausgabenmittel, die wiederum Millionenbeträge an Subventionen für die Luftausbau und die Luftfahrt im allgemeinen vorzehen. Die Sozialdemokratie und die Bürgerlichen, getrieben durch die öffentliche Kritik, erhoben auch im Ausschuss gegen das Verkehrsministerium Vorwürfe. Der Redner der kommunistischen Fraktion wies darauf hin, daß gerade diese Parteien das meiste Recht haben zu einer solchen Kritik, sind sie es doch, die im vergangenen Jahre entgegen der Stellungnahme der kommunistischen Partei immer wieder ungezügelt Millionen an Subventionsgeldern für die Luftfahrt im Etat bewilligten. Auch die Forderung, daß das Ministerium dieses Kapitel völlig durchsichtig aufstellen solle, sei lächerlich, da gerade diese Parteien an der möglichen Verschleierung der Subventionsgelder größtes Interesse haben. Es steht außer jedem Zweifel, daß mit Hilfe dieser Mittel der Luftaufrüstung Deutschlands Rechnung getragen wird.

da ja der Friedensvertrag die militärische Luftfahrt unterbunden hat. Die kommunistische Fraktion lehnt deswegen alle vorgesehene Mittel im Etat für die Luftschiffahrt ab.

Die Erklärung des Verkehrsministers Stegerwald war ohne jeden konkreten Inhalt. Lediglich was die Reichseisenbahn betrifft, verwies er auf die Pariser Verhandlungen und deutete an, daß die Reichseisenbahn in Kürze wieder der Oberhoheit des Reiches unterstellt wird.

Vom kommunistischen Redner wurde gerade in Hinblick auf die Tarifpolitik der Reichseisenbahn die Frage aufgeworfen, wie das Reichsverkehrsministerium zu den Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter, zu dem gefällten Schiedspruch und der provisorisch ablehnenden Stellung von Dornmüller u. Co. stehe. Die Antwort von Stegerwald war völlig nichtsagend.

Von besonderem Interesse ist es auch, daß auch im Kapitel Reichsmassestrassen und Ausbau des Binnenwasserstraßennetzes erhebliche Streichungen vorgenommen werden sollen. Entgegen der gesetzlichen Bestimmung und der Staatsverträge von 1926 sollen die vorgesehene Mittel für den Südflygel des Mittelkanals im Etat 1929 noch nicht eingestellt werden. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Erwerbslosigkeit und der weiteren Durchführung des leinerzeit beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird die kommunistische Fraktion besonders den Kampf um die Einziehung dieser Mittel führen.

Vor der Verabschiedung des Silberding-Etats

Das Märchen vom „Notjahr“ und von der „Erbbschaft“ — Ein Jahr SPD-Regierungspraxis

Von Adolf Ende, M. d. R.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. In den vier Wochen bis zu den Sommerferien soll der arbeitserfindliche, den Bürgerblock an sozial- und steuerreaktionären Maßnahmen noch übertreffende Silberdingetat verabschiedet werden. Daher werden diese Wochen von weittragender politischer Bedeutung sein. Besonders die Beratung des Reichswehrministeriums und der Steuer- und Finanzpolitik erfordert die größte Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft. Die Beratungen werden außerdem unter dem Eindruck des Ergebnisses der Pariser Konferenz stehen, das die bestehende Klasse ermuntert, ihre Forderungen auf Steuerentlastung noch energischer als bisher zu vertreten.

Zum besseren Verständnis der kommenden Beratungen im Reichstag nachstehend eine Charakterisierung der jetzt einjährigen Etatpolitik der Sozialdemokratie.

Bei aller Raffinesse ist es für die sozialdemokratischen Minister gar nicht so leicht, ihre arbeitserfindliche Politik, die sie seit einem Jahr im Reichstag betreiben, den Anhängern plausibel zu machen, oder gar als fortschrittlich gegenüber der Aera des Bürgerblocks hinzustellen. Als routinierete Demagogen und Volksbetrüger waren sie von vornherein darauf bedacht,

dem lieben Wählervolk, wenn schon keine positiven Tatsachen, so doch gute Ausreden für ihre vollkommene Kapitulation vor den Trüggewaltigen zu liefern.

Zuerst, gleich zu Beginn der neuen Reichstagsperiode, erfaßte Hermann Müller die Sache mit dem „Notjahr“, um die hochgespannten Wünsche der im Wahlgang auf den sozialdemokratischen Leim getrockneten Wähler niederzudrücken. Das hinderte Silberding zwar nicht daran, damals zu erklären, daß genügend Gelder aus den Steuern eingekommen seien, um den Panzerkreuzer A insajagen aus der Weltentafel bezahlen zu können. Aber in der Zeit, da der wegen seiner Steuererhöhungen aufreizende Etat der neuen Regierung bekannt wurde und die Forderungen der Reichsarbeiter und Beamten abgemürgt werden sollten, mußte das „Notjahr“ herhalten, um zu begründen, daß

der „Water Staat“ unter Müller-Silberding kein Geld habe und aus den Massen mehr Steuern herauspressen muß als im Zeitalter des Bürgerblocks.

Auch alle weitgehenden sozialpolitischen Forderungen konnten „natürlich“ in einem „Notjahr“ keine Berücksichtigung finden. Ein schlechter Republikaner, der „egoistische Wünsche einzelner Gruppen der Bevölkerung“ in den Vordergrund stellt, wo es doch um die langsame, aber sichere Eroberung der Republik mit Hilfe der Koalitionspolitik geht. Die Not der Republik duldet eben keine Extrawürste simpler Proleten. So war ungefähr der Tenor der Geschichte mit dem „Notjahr“.

Aber diese Waize sog nicht so reich. Auch der ausüblichste Gläubige sozialdemokratischer Ministerworte merkte, daß trotz Regierungswachsel und trotz „Notjahr“ alles beim alten blieb, und noch schlechter wurde.

die Bewilligungsfreudigkeit für Militarismus, Polizei und Kapitalsubvention frisch-fröhlich auch im neuen Reichstag weiterlebte, während alles getappt wurde, was die kommunistische Fraktion z. B. an berechtigten Forderungen für die Werkstätten erhob.

Sinnu kam der plötzliche Kassendruck, als Silberding sagte über Nacht entdeckte, daß sein ausgetüchtelter Rehmilliarden-Etat eigentlich doch nicht balanciert und er mehr Geld benötigt als vorhergesehen.

Und so kam die neue Waize. Das „Notjahr“ verschwand aus den Reden der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten, und dafür kam die

„Erbbschaft der Vergangenheit“.

Der Panzerkreuzer, das Kassendefizit, die reaktionären Gesetzentwürfe, die schreiende Steuerungerechtigkeit, der antisozialpolitische Kurs usw., alles das sind „Erbbschaften“ aus der Zeit früherer Regierungen, die von den behaarnswerten Wahlflegeln von 1928 als unabänderlich, wie eine „Befugung Gottes“ übernommen werden „mußten“.

Das ganze Gerede von der „Erbbschaft“, so wie es die sozialdemokratische Propaganda verstanden haben will, ist

Ergebnisse des sozialdemokratischen Parteitages in Magdeburg

Der Weg zum Sozialismus



Verleinspaziert, meine Herren Arbeiter! Wem vom Schwindel nicht das Kogen kommt, kann mitfahren!

ein aufgelegter und trecher Schwindel, um die betrogenen Wähler zu täuschen und bei der Stange zu halten. Da dieser Schwindel aber noch bis betrieben wird, und es uns darauf ankommen muß, sozialdemokratischen Anhängern den wirklichen Sachverhalt klarzulegen, einige Worte dazu: Richtig ist, daß Herrmann Müller sehr viel vom Bürgerblock übernommen, wenn man will, geribt hat. Zum Beispiel das von Seeverings Vorgänger, dem deutschnationalen Junker Rudell, vorbereitete Verbot des KKK, den Panzerkreuzerbau und die Rückentziehung von 5 Millionen für Kinderfreizeit in den Etat. Außerdem ein rundes Duzend reaktionärer Gesetzentwürfe des Bürgerblocks, zu dessen Erledigung dieser infolge der Neuwahl nicht gekommen ist. Darunter die Verschlechterung des Vereinsgesetzes, das lösen von der Reichsregierung wieder dem Reichstag überlassen wird, und andere konservativen Maßnahmen.

Das ist ein übernommenes Erbe des Bürgerblocks, ohne Zweifel. Aber keinem Arbeiter kann man einreden, daß dazu ein Zwang bestand; es geschah freiwillig! Was nun das „ererbte“ Defizit in der Reichskasse betrifft, zu dessen Deckung Hilferding werft einen Kredit bei den Großbanken in Anspruch nahm und nachher die herabgesetzte Steuerhinterziehungsanleihe auslegte, so ist hierzu zu sagen; wenn in früheren Jahren durch Verschleuderung von Steuergeldern zusammen mit militärischen Rüstungen und kapitalistischer Subventionen, oder durch eine allzu „großzügige“ Finanzpolitik überhaupt die Reichskasse bis an den Rand des Bankrotts gebracht wurde, so sollte man annehmen, daß dieses einen so großen „Sinnanhörer“, wie es Hilferding sein will, schon bei Ausfertigung seines Etats betrauen lassen mußte, dementsprechend die Ausgaben zu kürzen, der Bewilligungsfreudigkeit bei imperialistischen und anderen Zweckausgaben Hemmungen zu bereiten und schließlich

neue Beschleuerquellen zu finden. Denn Herr Hilferding will ja auch „sozialistisch“ sein, was wenigstens viele Wähler jederzeit glauben, woraus sie schließen, daß noch dem 20. Mai 1928 der Bürgerblock sein Ende erreicht habe. So aber legte Hilferding einen Etat vor, der sich nur durch noch höhere Arbeiterindiskretion von dem des Bürgerblocks unterscheidet, wenn man sich nicht durch unweiseliche, in der imperialistischen Generallinie unmaßhabliche kleinere Änderungen täuschen läßt.

Ganz allschuldig ist es letzten Endes, in welchem Haushalt und in welcher Kasse das Defizit ist. Aber feilhammerweise hat annehmend Herr Hilferding erst das Defizit entdeckt, als die Etatberatungen sich ihrem Abschluß neigen. Das anzunehmen ist natürlich falsch. Herr Hilferding war von vornherein seine Kassenlage bekannt, und er hat nur bei der Auslegung des Etats deshalb geschwiegen, um — trotz „Notjahr“ — ohne Schwierigkeiten alle Forderungen und Wünsche der Truppe und der Militäristen etatmäßig festzulegen. Nicht die Erblichkeit der Vergangenheit, sondern die Fortsetzung und Übertrumpfung der Etatpolitik des Bürgerblocks haben den Finanzbankrott der Reichsregierung und ihres Finanzministers offenbar gemacht. Das kann man nicht oft genug unterstreichen. Jeder politisch denkende Arbeiter weiß, daß die Besessenen innerhalb schon unter dem Bürgerblock außerordentlich begünstigt waren, trotzdem ihr Reichtum in dem letzten Jahr ungeheuerlich gewachsen ist. Ihnen hat Hilferding darüber hinaus Steuern gelockert oder ermäßigt, ihnen die Steuerfreie Anleihe beschert. Sie erhalten aus den Steuererlösen der Arbeiter Kredite und Subventionen. Hier wären aber die Geldquellen, aus denen ein Defizit allein gedeckt werden könnte, wie es die Millionäre der Kommunisten vorlieb.

Der sozialdemokratische Finanzminister kennt aber nur Erhöhung und Verringerung von Massensteuern. Hier weiß er eine halbe Milliarde herauszuholen. Jeder Arbeiter weiß auch, daß Militär und Polizei allein im Reichsamt weit mehr als eine Milliarde verschlingen. Hinzu kommen die Millionen Ausgaben für verdeckte Aufstellungen, für die Karrieren, für Leno, Kirde, Justiz und die hohe Beamtenbürokratie.

Hier konnten Abstriche gemacht werden, wenn es galt, ein Defizit zu decken. Statt dessen mußte die Sozialpolitik daran glauben, die ja

schon seit langem ein Kampfbüchse der reaktionären Parteien ist. Daß die Sozialdemokratie selbst in dieser Richtung nichts unternimmt, trägt nicht nur ihre Worte und Versprechungen Lüge, sondern kennzeichnet auch ihre Willfährigkeit gegenüber der Bourgeoisie und das Kräfteverhältnis. Geheilt sie erledigt sich damit auch das Märchen von der Erblichkeit. Wäre man es gellen, so ist es außerdem Beweis gegen die Koalitionspolitik und die angebliche Bedeutung der Reichstagswahlen. Denn wenn eine solche Mandatsverschiebung im Reichstag, wie sie der 20. Mai 1928 brachte, Erblichkeit der Vergangenheit nicht befestigen konnte, also die alte Politik fortgesetzt werden „muß“, dann fragt sich mit Recht jeder Arbeiter:

Warum dann der ganze Wahrrummel? Auch das ist natürlich richtig, denn die Sozialdemokratie verzichtet nicht nur freiwillig auf jede wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen, sondern ist auch der Gefangene ihrer staats-beherrschenden Politik und damit der diese Republik beherrschenden kapitalistischen Klasse. So war denn auch dem Magdeburger Parteitag auch keine Rede mehr vom „Notjahr“ und von der „Erblichkeit“, dafür um so mehr von dem Wert der Demokratie für den „wachsenden Sozialismus“. Das ist das Prinzip und das andere ist die Praxis. Da die Praxis wenig überzeugend für das Prinzip wirkt und wirbt, deshalb muß das Volk mit solchen Märchen bei guter Laune gehalten und betrogen werden. Oder mit anderen Worten:

Die sozialdemokratischen Minister und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erfüllen gemeinsam die Befehle des Großkapitals und der Großbanken gegen die Arbeiterklasse. Damit diese möglichst lange geduldet wird, und die herrschende Klasse die reichen Früchte der neuen Herrschaft der Koalitionspolitik einheimen kann, wurden beide Märchen für die politischen Kinder dieser Republik erfunden. Doch das alles wird die SPD vor der kommenden Abrechnung nicht retten. Mit keiner Regierung, das ist heute schon klar, wird die Arbeiterklasse so gründlich abrechnen, wie mit dieser. Unsere Aufgabe wird es sein, die betrogenen und enttäuschten Proletarier zu sammeln, ihrer Verbitterung und Empörung politischen Inhalt zu geben und sie gemeinsam mit dem revolutionären Teil des Proletariats, unter Führung der Kommunistischen Partei, zum Sturz gegen dieses System zu führen.

Für 70 Pfennig einen ausführlichen Parteitag-Bericht!

Während des 12. Parteitages der SPD in Berlin erscheint täglich in Zeitungsformat, Umfang 6 bis 10 Seiten „Die SPD“

Informationsblatt für alle Werktätigen über den 12. Parteitag der SPD 9.—15. 6. 1929 in Berlin

Die Zeitung erscheint siebenmal und muß sofort bestellt werden bei dem Zentralkomitee der SPD, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, Agitprop-Abt. Betrag im Voraus einrichten (in Briefmarken oder auf Postcheckkonto Wilhelm Pösch, Berlin, Nr. 102 254). Einzelbestellungen: 7 Zeitungen 70 Pf. Sammelbestellungen durch Parteiororganisationen von 20 Exemplaren an werden auf 50 Pf. für 7 Parteitagszeitungen ermäßigt. Jeder Unterbezirk, jede Ortsgruppe, jede Betriebs- und Straßenzelle sammelt sofort 20 Bestellungen und sende die 10 Mark ein. Jedes einzelne Mitglied, jeder Funktionär sichere sich ein Protokoll durch sofortige Bestellung und Voreinsendung der 70 Pf. Genossen! Nutzt diese Gelegenheit aus!

Ein jämmerlicher Reinfall der Nazis in Lübeck

Die Klassenbewußten Arbeiter in Gegenwehr
Der Nazi-Kulmarisch in Lübeck am 2. Juni war eine vollständige Fiaske. Wegen stichweiser Beteiligung mußte die Hälfte des Programms ausfallen. Die Klassenbewußten Arbeiter Lübeds empfing die Nationalsozialisten mit lauten Protesten. Unter Aufsicht der Polizei provozierten die Faschisten die Arbeiter, mußten sich aber mit blutigen Köpfen zurückziehen. Die SPD- und Reichsbannerführer hatten ihre Mitglieder angewiesen, sich nicht auf der Straße zu zeigen. Nach der gründlichen Abfuhr, die den Faschisten in Lübeck seitens der revolutionären Arbeiterklasse zuteil wurde, zogen sie es vor, frühzeitig zu verschwinden.

Postbeamtenstreik in Paris

Paris, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Seit gestern vormittag ist der größte Teil von Paris ohne Postbestellung. Die Pariser Postbeamten haben von Montag bis gestern Abend einen gemeinsamen Proteststreik durchgeführt. Die Regierung hat 500 Postbeamte eingestellt, die den Anforderungen des Postbetriebes jedoch nicht im geringsten gewachsen sind. Nach einer Streikversammlung versuchten Briefträger ein Postauto in einen Kanal zu stoßen. Die Polizei verhaftete 33 Briefträger und einen Redner. In der Streikversammlung wurde die Ausdehnung der Bewegung gefordert. Die Ursache des Streiks ist ein Gehaltsabzug von 25 Franken, weil dieser Betrag angeblich vor Jahren einmal zuviel gezahlt worden sei. Die Postbeamten protestierten durch einen ständigen Streik, worauf die Regierung alle Streikenden für einen Monat ihres Amtes entsetzte. Die Briefträger von Paris antworteten mit dem ständigen Proteststreik. Die Verhaftungen und das Einlegen von Postbeamten als Streikbrecher haben die Erregung gesteigert, so daß ein unbesetzter Generalstreik der Postbeamten von Paris in die Nähe gerückt ist.

Russisch-amerikanische Wirtschaftsmahnahmen

New York, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Die hierige russische Wirtschaftsvertretung veröffentlicht eine Mitteilung, nach der 12 amerikanisch-russische Verträge abgeschlossen sind. Darunter befindet sich ein Vertrag mit Henry Ford zur Erbauung einer russischen Automobilfabrik, die 100 000 Wagen jährlich herstellen kann. Rußland wird bis zur Fertigstellung der Fabrik in 4 Jahren für 30 Millionen Dollar Autos und Zubehörteile von Ford beziehen. Unter den anderen Verträgen befinden sich solche zur Errichtung einer Kraftanlage in der Ukraine im Werte von 100 Millionen Dollar, zur Erweiterung von Kohlenbergwerken, zum Bau von Stahlwerken im Werte von einer Milliarde Dollar und weiter mit der Kooperation of America.

Chinesischer Banditenstreik gegen Sowjethoffmächer

Die Hand Englands
Schantai, 5. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Wie aus Mandshuri gemeldet wird, sind der russische Konsul in Mukden, der russische Direktor der chinesischen Ostbahn bereits am Sonntag von Soldaten verhaftet und den chinesischen Behörden übergeben worden.

Der Jakubowski-Prozess

Die Justizmörder verteidigen sich
Je länger der Prozess in Kurland geht, um so klarer wird ersichtlich, welche furchtbaren Verbrechen mit der Hinrichtung Jakubovskis begangen wurden. Kein einziger Beweis lag für die Richter vor, daß Jakubowski der Mörder sei. Er wurde auf Grund der halboffenen Indizien und der Aussagen eines „Jedigen (!) zum Tode verurteilt. Am Montag wurde jener berichtigte Oberstaatsanwalt Müller, der erst die Hinrichtung empfahl und im neuen Prozess die Voruntersuchung leitete (!), vernommen. Müller konnte sich auf das meiste „nicht mehr befehlen“! Die jetzt unter Mordanklage stehende Familie Rogens bezeichnete er als glaubwürdig. Soweit sie in Haft lagen, wurden sie ausdrücklich auf seine Anweisung freigelassen. Selbst ganz offensichtlich falsche Alibis nahm er als wahr hin. Die Vernehmung dieser Zeugen zeigte, mit welcher geradezu ungehörlicher Verantwortungslosigkeit hier ein Kriminalfall seine „Erledigung“ fand. Der nächste Zeuge Justizmörder Husnecht demokratischer Minister, war es, der die Begnadigung verweigerte und die Hinrichtung befahl. Er war es auch, der die Verurteilung von wegen des „vielen Geistes“ bloß wegen des einen Russen“ fallen ließ. Trotz der nur auf Indizien auf gebauten Anklage lag Husnecht keinen Grund zur Begnadigung — es war ja „nur ein Russe!“ Ebenfalls klar wie die notariellen Aussagen beweist auch die des Landesgerichtspräsidenten von Puchko, der das Todesurteil verkündete, daß Beweise nicht vorliegen. Die Diensttagsberichtigungen brachten noch eine besondere Wendung durch die Vernehmung des Berliner Kriminalrates Gennat und des ersten Verteidigers Jakubovskis, Koch. Dem ersten haben die Angeklagten ihre Gehaltsliste gemacht. Rechtsanwalt Koch betonte, daß Jakubowski bis zur letzten Minute seine Unschuld behauptet und daß er (Koch) nichts unversucht gelassen habe, um eine Begnadigung zu erreichen. Alles war vergeblich.

Die „Erfolge“ der sozialdemokratischen Kirchenpolitik

Die evangelischen Pfaffen stellen ihre Ansprüche

Berlin, 5. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Fraktionen des Preussischen Landtags sind zu einer Aussprache über die Konfessionsfrage im preussischen Staatsministerium eingeladen worden. Die Sitzung wird voraussichtlich am Freitag stattfinden. Die evangelischen Landeskirchen im Staats Preußen haben einen gemeinsamen Schritt beim preussischen Staatsministerium unternommen und in einem Schreiben ausführlich ihre Forderungen auf gleichzeitigen und gleichberechtigten Vertragsabschluss mit der evangelischen Kirche erhoben. Von der preussischen Staatsregierung wird eine bestimmte Regelung darüber gefordert, ob sie nunmehr bereit ist, die im Herbst 1927 eingeleiteten Verhandlungen wieder aufzunehmen, mit dem Ziel, auch mit den evangelischen Kirchen zu einer vertragsmäßigen Regelung zu gelangen. Hinsichtlich des Konkordats behalten sich die evangelischen Kirchen volle Freiheit der Handlungen vor. In dem Schreiben wird daran erinnert, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Brauns am 8. November vergangenen Jahres sich ausdrücklich zum Grundgesetz der Parität bekannt hat. Diese Parität werde verletzt, wenn der katholischen Kirche für ihre Organisationen und die finanziellen Bedürfnisse ihrer Verwaltung eine vertragsmäßige Garantie gegeben werde, während die evangelischen Kirchen lediglich auf staatsgesetzliche Bestimmungen angewiesen wären. Es könne nicht als Sicherheit der Parität angesehen werden, wenn sich die Staatsregierung nur grundsätzlich bereit erkläre, erst nach Verabschiedung des Vertrages mit dem Papst auch mit den evangelischen Kirchen Verträge abzuschließen.

Verschleierte Reden zum Wirtschaftsetat

Berlin, 4. Juni. (Eig. Bericht.)
In der Diensttagssitzung des Reichstages wurde nach einem kurzen Intermezzo über die Reparationspolitik mit der Beratung des Wirtschaftsetats begonnen. Dazu sprach der Wirtschaftminister Dr. Curtius, der es meisterhaft verstand, um die wichtigsten stehenden Probleme herumzureden. Der Tenor seiner Ausführungen war abgesehen von Versprechungen gegenüber dem Mittelstand, doch je länger der Minister sprach, um so mehr empfand man, daß seine Versprechungen eigentlich nur Trostworter sind. Das Wort „Steuererleichterung“ besog sich nämlich mehr auf den Großbetrieb als auf den Mittelstand. Bemerkenswert für den Kurs der Wirtschaftspolitik der Regierung ist allerdings der Ausdruck, daß in Zukunft die öffentlichen Betriebe besteuert werden sollen. Der Sozialdemokrat Krähig hielt eine sogenannte grundsätzliche Rede, die allerdings nur von den Reichstagsstenographen benützt wurde. Er sprach von der Schlechtigkeit des Kapitalismus, machte dann einige richtige Bemerkungen über die Wirtschaftsanarchie dieses Systems, ohne allerdings zu erwähnen, daß keine Partei und die Herrmann-Müller-Regierung die sicherste Stütze der Trustrepublik ist. Die Quintessenz der Ausführungen des Herrn Krähig war denn auch kein Aufruf an die Werktätigen, das kapitalistische System zu bekämpfen und zu kürzen, sondern

Der Kampf in der schlesischen Textilindustrie geht weiter

Schon über eine Woche stehen die schlesischen Textilarbeiter im Kampf. Die vom Schlichter Philipp angebahnten Einigungs-verhandlungen sind am 30. Mai gescheitert. Die Unternehmer blieben bei ihrer Forderung der Verlängerung der bisherigen Hungerlöhne für mehrere Jahre. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben die Unternehmer zu diesem brutalen Vorkauf direkt ermuntert. Als vor einigen Monaten in den westlichen Gebieten Deutschlands dieselbe Frage stand, als in vielen Gebieten ein tarifloser Zustand eingetreten war und in Sachsen und Thüringen der offene Kampf begonnen, hatte, da hätten die Unternehmer durch einen geschlossenen Kampf aller Textilarbeiter Deutschlands so zurückgeworfen werden können, daß sie es gar nicht mehr gewagt hätten, solche unverschämten Forderungen wie in Schlesien zu stellen. Aber die sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes würgten liberal die Bewegung ab. Trotzdem sie nun allein kämpfen, sind die schlesischen Textilarbeiter in guter Kampfstimmung, und gewillt, den Kampf bis zum Sieg durchzuführen. Sie hören mehr als je auf die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die oppositionellen Versammlungen sind durchweg gut besucht. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die auch jetzt nur den Kampf möglichst rasch abwürgen möchte, geht dazu über, mitten im Kampf eine wüste Hetze gegen die Opposition zu treiben und gegen führende oppositionelle Textilarbeiter Ausschlußverfahren zu eröffnen. Aber trotzdem die Bürokraten die Teilnehmer an oppositionellen Versammlungen mit dem Entzug der Streikunterstützung bedrohen, ist der Einfluss der Opposition im Steigen begriffen. Unter Breslauer Bruderblatt, die Arbeiter-Zeitung, schreibt am 2. Juni zur Lage: „Die Unternehmer beharren nach wie vor auf ihrer Forderung auf Verlängerung der bestehenden Hungerlöhne auf die Dauer von mindestens zweieinhalb Jahren. Der Schlichter ist bereit, ihrem Wunsch nachzukommen. Auch die Gewerkschaftsbürokraten sind durchaus gewillt, der Verlängerung der bestehenden Löhne zuzustimmen. Sie wollen lediglich nach dem Einfluss der revolutionären Opposition brechen. Deshalb wir obachten wir in den ersten 8 Tagen des Kampfes eine politische Untätigkeit und Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsbürokraten gegenüber dem Unternehmertum und eine wüst-energisches bewiesene Hebe gegen die Opposition. Textilarbeiter! Scharf euch enger denn je um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition; denn sie ist die einzige Kraft, unter deren Führung es euch möglich sein wird, die aufgeschobenen Forderungen auf Erhöhung der Löhne um 15 Pf. und des Akkordlohnes um 30 Prozent durchzusetzen! Preist euch von dem verderblichen Einfluss der Reformisten! Wählt in allen durchtrieben Kampfeinstellungen! Sorgt dafür, daß auch die unorganisierten eine Unterfütterung erhalten. Begeißelt, auch keinesfalls einem Hungerdistanz eines Schlichters zu unterwerfen! Schmeidet in den Betrieben die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Unternehmertum, Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie! Keine Nachgiebigkeit! Kampf für die aufgestellten Forderungen!“ Wir appellieren an die Arbeiterschaft in ganz Deutschland, dem schweren Kampf der schlesischen Textilarbeiter volle Solidarität entgegenzubringen und die Unterstützungsfaktion der SPD zu fördern.

Der Zollwucher der Hermann-Müller-Regierung am Branger

Wir berichteten gestern über die Zollwucherdebatte in der... Genosse Hoernle

Der Schandpolitik der SPD folgen. Genosse Hoernle führte... die Zollwucherdebatte in der Reichstags-Sitzung...

Staatlich ist pro Kilo von 1,00 auf 2,30-2,40 Mark... bei welchen Bohnen beträgt die Verteuerung im Vergleich zum Vor-

Die Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts der Hermann Müller... die Preise höher zu treiben...

Das bedeutet natürlich die lächerliche Grenzsperr... was noch eine Anzahl sonstiger Erleichterungen der Einfuhr...

Dezember der Erhöhung des Zuckersollens zugestimmt haben... Die SPD-Führer haben ihre alten Freihandelsmanuskripte...

Über man wird es nicht einmal bei den Fleischhöhlen... wenden lassen. Bereits fordert man eine

Erhöhung des Buttersollens von zur Zeit 27,50 auf 60 ML... also um mehr als 100 Prozent.

Damit soll der Butterexport forciert werden und die deut... schen Proletariat noch mehr als bisher auf Margarine beschränkt...

das hat nicht das geringste zu tun mit der Verbesserung der Volksernährung.

Der Lohn und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter oder auch mit der Lebenslage der arbeitenden Bauernschaft.

Der Minister Dietrich hat in seiner Rede auch der Land... arbeiterfrage einige Worte gewidmet. Er behauptete, daß nicht...

Im übrigen hat die Rede des Ministers Dietrich gezeigt... daß er und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen bereit...

Die alte Bürgerlospolitik der Schiele und Neubell... weiterzuführen, sondern sogar zu übertrumpfen.

Es hat ausschließlich als Minister der kapitalistischen Land... wirtschaft gesprochen und bezeichnenderweise ganz vergessen...

So liegt der Kleinhandelsindex für Fleisch und Wurstwaren... in der Zeit vom 10. 4. 28 bis 10. 4. 29 den 119,5 auf 132,9...

Der Stahlhelmaufmarsch in München

Proletarische Gegendemonstrationen / Faschisten provozieren blutige Zusammenstöße

Ueber den Verlauf des Stahlhelmaufmarsches in München... haben wir bereits berichtet. Wir erhalten jetzt noch folgende...

Zum Empfang des Stahlhelms hatte wohl die Bourgeoisie... geplant, aber bei der Münchner Arbeiterkraft, insbesondere in...

brachte offen zum Ausdruck, daß sie sich gerade in München...

Die Stahlhelmer übten sich dafür in blutigen Provoaktionen... und Ueberfällen auf die Arbeiterkraft. Als z. B. am Sonn...

Wieder eine neue Ortsgruppe der Partei gegründet

Die KPD ist pleite! - Dieser Ausruf der Sozialdem... okraten, durch den die Werktätigen über die sozialimperialistische...

In Langenau bei Freiburg ist der Einfluß der Partei unter... der Arbeiterkraft in den letzten Jahren ständig gewachsen. Das...

Die republikanischen Behörden als Wegbereiter des Faschismus

Eine Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Stahlhelmtag in München

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zum Stahl... helmtag in München folgende Interpellation ein:

Am 1. und 2. Juni 1929 fand in München ein Stahlhelma... aufmarsch statt, der mit aller Deutlichkeit die bestehende faschi...

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß empfing zum... Stahlhelmtag die beiden Stahlhelmführer Dillberger und...

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zum Stahl... helmtag in München folgende Interpellation ein:

Durch das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den... Minister des Innern, Severing, fühlen sich die faschistischen Ver...

Die Bourgeoisie jubelt über Magdeburg

Schon während des SPD-Parteitag hat die Bourgeoisie... wiederholt ihre Zufriedenheit mit den Reden der Müller,...

Und das Ergebnis? - Der Magdeburger Parteitag ist... nom Gesichtspunkt der erstrebenswerten politischen Kontinuität...

Die „Germania“ feiert im besonderen die Zustimmung zur... Wehrmacht um, und ist voller Hoffnung, daß auch auf sozial...

„Die Republik nimmt uns den Rod!“

Welche systematische Lügenbeke gegen die kommunistischen... Demonstrationen getrieben hat, beweisen die Redungen der...

Die „Republik nimmt uns den Rod, Rot Front! Wir mar... schieren doch!“

Es bereitet die Koalitionsregierung Hermann-Müller-Se... vering der faschistischen Diktatur in Deutschland immer offener...

Arbeiterport

Mit dem Bürgertum — gegen die Opposition

Während die jungen Leute des Bundesportbundes im 6. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes alle Winnen im Kampf gegen die Opposition gewonnen haben, so sind die alten Winnen im Kampf gegen die Opposition verloren gegangen. Die jungen Leute des Bundesportbundes im 6. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes alle Winnen im Kampf gegen die Opposition gewonnen haben, so sind die alten Winnen im Kampf gegen die Opposition verloren gegangen. Die jungen Leute des Bundesportbundes im 6. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes alle Winnen im Kampf gegen die Opposition gewonnen haben, so sind die alten Winnen im Kampf gegen die Opposition verloren gegangen.

Seichtathletik

Am 1. Juni wurde im Stadion bei Seidenberg ein Wettkampf in Seichtathletik abgehalten. Die Teilnehmer waren aus Pirna, Dresden und Chemnitz. Die Teilnehmer waren aus Pirna, Dresden und Chemnitz. Die Teilnehmer waren aus Pirna, Dresden und Chemnitz.

Schwerathletik

Am 1. Juni wurde im Stadion bei Seidenberg ein Wettkampf in Schwerathletik abgehalten. Die Teilnehmer waren aus Pirna, Dresden und Chemnitz. Die Teilnehmer waren aus Pirna, Dresden und Chemnitz.

prekär, kann man nicht von einem gelungenen Arbeiterport sprechen. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat die Arbeit im letzten Jahre aufgenommen. Im neuen Jahre haben wir die Arbeit aufgenommen. Im neuen Jahre haben wir die Arbeit aufgenommen.

Aus Organisationen und Vereinen

Reiseleiterverein ... **Turn- und Sportverein** ... **Reiseleiterverein** ... **Turn- und Sportverein** ... **Reiseleiterverein** ... **Turn- und Sportverein** ...

Bei einmündiger Zustellung ... **Freiwillige Feuerwehren** ... **Freiwillige Feuerwehren** ... **Freiwillige Feuerwehren** ... **Freiwillige Feuerwehren** ...

Veranstaltungskalender

- Kommunistische Partei** ... **Kommunistische Partei** ... **Kommunistische Partei** ... **Kommunistische Partei** ...
- Roter Hilfe** ... **Roten Hilfe** ... **Roten Hilfe** ... **Roten Hilfe** ...
- Jungpartikular-Bund** ... **Jungpartikular-Bund** ... **Jungpartikular-Bund** ... **Jungpartikular-Bund** ...
- Gemeinschaft proletarischer Arbeiter** ... **Gemeinschaft proletarischer Arbeiter** ... **Gemeinschaft proletarischer Arbeiter** ...
- Internat. Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit** ... **Internat. Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit** ...

Amtliche Bekanntmachung

— **Niederfeldisch** —
Verpachtung der Ackerflur ...
Angebot über die Pachtung der Ackerflur ...
12. Juni d. J. im Rathaus, Zimmer 2
abgegeben, wo auch die Verpachtungsbedingungen ...
Niederfeldisch, am 3. Juni 1929.

Arbeiterkorrespondenten vom UB Birna!

Am Sonnabend, dem 8. Juni, findet eine gemeinsame Sitzung der Arbeiterkorrespondenten mit Verlag und Redaktion im Volkshaus Birna, im Zimmer C, statt. Wichtige Fragen sind zu besprechen. Jeder Arbeiterkorrespondent erscheine! 20 Uhr. Jede Betriebszelle entsendet einen Vertreter!

Hansa Theater
Ohne Recht und Gesetz
Sturm über Asien
Unterricht
Geschäfts-Eröffnung
Fleischerei, Pirna, Barbiergasse Nr. 2
Erich Schreiber, Fleischmeister
Maß-Anzüge

KVD
Die Eindeckung mit Brennstoffen im Sommer heißt sparen.
KONSUMVEREIN
VORWÄRTS
Abgabe nur an Mitglieder

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg., Ecke Pillnitzer Straße
Möbel aller Art
Große Auswahl, Billige Preise, Günstige Zahlungsbedingungen
Auto-Fahrschule Bieberstein
Pirna: Dohnascher Platz 8, Pirna-Copitz: Bährs Hotel
Nur diese und nächste Woche
Pflaumen
2-Pfund-Dose 70 Pf.
6 Prozent Rabatt
Carl Bauch
Pirna, Reilbahnstraße 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Willy Simmchen
Haldensleben, Dresdener Str. 19
Karl Forker
Pirna, Carlstr. 15
Ausstattungen und Kleinfabrik
solid und preiswert
Kauf bei unseren Inszenten!
Akkumulatoren
Großladungstation
Leih-Akku
Emil Luschke
Oschlitzer Str. 17

Werbt neue Leser für die Arbeiterstimme!

